



Sozialwissenschaftliches Umfragezentrum GmbH

Befragungen für Piratenfraktion im Landtag NRW

2. Teilerhebung: Verfassungsbarometer, 2. Welle

Durchführung:	Sozialwissenschaftliches Umfragezentrum GmbH (SUZ)
Befragungsart:	Computer-Assisted Personal Interviewing (CAPI)
Befragungsorte und -tage:	Essen 13.09. sowie Wesel 14. und 16.09.
Anzahl realisierter Interviews:	511
Stichprobe/Auswahl Zielpersonen:	Willkürliche Stichprobe, nicht repräsentativ; Befragung in Fußgängerzonen an Tagen, an denen die Piratenfraktion im Landtag NRW mit dem mobilen car office in den Fußgängerzonen vor Ort war.
	Vorgesehene Quotierung mit Verteilung auf je 100 Personen ab 15 Jahren in fünf verschiedenen Altersgruppen sowie jeweils 250 männliche und weibliche Personen

1. Stichprobenbeschreibung / Verteilung soziodemographischer Merkmale

Bei der zweiten Welle des Verfassungsbarometers wurden insgesamt 511 Personen befragt. Da an den beiden zunächst vorgesehenen Tagen (13./14.09.) die avisierte Interviewzahl nicht erreicht werden konnte, wurden die letzten 50 dieser Interviews am 16.09. realisiert. Bei den Befragungen in Wesel konnte die gewünschte Gleichverteilung nach dem Alter weitestgehend erreicht werden, während in Essen hingegen vorwiegend Personen jüngeren Alters befragt wurden. In der Altersstruktur könnte es auch begründet sein, dass in Wesel der Anteil von Personen, die den Besuch einer Haupt- oder Realschule angeben¹, vergleichsweise höher ist.

Tab. 1: Soziodemographische Merkmale nach Erhebungsort und insgesamt

	Befragungsort und -tag		
	Essen 13.09.	Wesel 14.09. und 16.09.	Gesamt 13.-16.09.
Geschlecht			
weiblich	50,7	47,7	49,3
männlich	49,3	52,3	50,7
Gesamt	n=268	n=243	n=511
Altersgruppe			
15-25	33,6	21,4	27,8
26-35	22,4	21,8	22,1
36-45	14,9	17,3	16,0
46-60	17,2	20,6	18,8
61-99	11,9	18,9	15,3
Gesamt	n=268	n=243	n=511
Schulform			
Gesamtschule	11,2	11,1	11,2
Gymnasium	39,6	32,9	36,4
Hauptschule	16,0	24,7	20,2
Realschule	18,7	24,3	21,3
Sonstige	14,6	7,0	11,0
Gesamt	n=268	n=243	n=511
Tätigkeit			
Auszubildende	11,2	11,1	11,2
berufstätig	39,6	32,9	36,4
Schüler	16,0	24,7	20,2
Sonstiges	18,7	24,3	21,3
Student	14,6	7,0	11,0
Gesamt	n=268	n=243	n=511
<i>Alle Angaben mit Ausnahme der Fallzahlen in Prozent.</i>			

¹ Zur Interpretation der Angabe zur Schulform vgl. Bericht zu erster Welle des Kernthemenbarometers.

2. Kernthemen

2.1 Landtagswahlrecht ab 16 Jahren

Tab. 2: Landtagswahlrecht ab 16 J. nach soziodemographischen Merkmalen und insgesamt

"Sollten sich junge Menschen ab 16 Jahren an Landtagswahlen beteiligen dürfen?"				
Landtagswahlrecht ab 16 J.	ja	nein	weiß nicht	Gesamt n=
Geschlecht				
männlich	56	40	4	252
weiblich	50	40	10	259
Gesamt	53	40	7	511
Alter				
15-25	64	30	6	142
26-35	58	35	6	113
36-45	35	59	6	82
46-60	48	45	7	96
61-99	47	41	12	78
Gesamt	53	40	7	511
Schulform				
Gesamtschule	58	39	4	57
Gymnasium	56	37	7	186
Hauptschule	48	44	9	103
Realschule	51	43	6	109
Sonstige	48	39	13	56
Gesamt	53	40	7	511
Tätigkeit				
Auszubildende	35	52	13	23
berufstätig	48	45	6	217
Schüler	85	12	4	52
Sonstiges	46	44	10	153
Student	64	32	5	66
Gesamt	53	40	7	511
Erhebungsort				
Essen	58	35	7	268
Wesel	47	46	8	243
Gesamt	53	40	7	511

Alle Angaben bis auf Anzahl der Fälle jeweils zeilenweise in Prozent. Abweichungen von 100 rundungsbedingt.

53 Prozent der Befragten unterstützt ein Landtagswahlrecht für Personen ab 16 Jahren, vier von zehn hingegen lehnen es ab. Zu den Unterstützern gehören vorwiegend männliche Personen sowie erwartungsgemäß vor allem die Gruppe der 15-25jährigen. Am kritischsten ist diesbezüglich die Altersgruppe von 36 bis 45 Jahren.

Betreffend besuchter Schulformen zeigt sich, dass Personen mit Besuch der Hauptschule vergleichsweise skeptisch sind. Hinsichtlich der aktuellen Tätigkeit indessen wird dem Landtagswahlrecht für Menschen ab 16 Jahren neben Schülern auch von Studierenden vergleichsweise häufig zugestimmt; Berufstätige stimmen hingegen vergleichsweise selten zu. Der niedrigste Wert wird diesbezüglich unter Auszubildenden erreicht; eingeschränkt wird die Aussagekraft allerdings durch die niedrige Fallzahl. Befragte in der Stadt Essen stehen dem Landtagswahlrecht ab 16 Jahren offener gegenüber als die Weseler.

2.2 Absenkung der Hürden für Volksinitiativen

Knapp mehr als die Hälfte der Befragten unterstützt die Forderung nach einer Absenkung der Hürden für Volksinitiativen; Frauen stimmen dieser geringfügig häufiger zu als männliche Befragte (Tab. 3). In altersspezifischer Hinsicht erfährt die Forderung nach einer Absenkung von zwei Dritteln der Personen von 15 bis 25 Jahren an Zustimmung, von den Befragten über 60 Jahren wird diese aber hingegen mehrheitlich abgelehnt. Dies trifft ebenso auch auf Personen zu die eine Hauptschule besuchten oder diese aktuell noch besuchen.

Hinsichtlich der aktuellen Tätigkeit sollen Hürden für Volksinitiativen vor allem nach der Ansicht der befragten Schüler/innen und Studierenden abgesenkt werden, Berufstätige hingegen weichen hier nicht gravierend vom Gesamtwert ab. Der niedrigste Wert ist für die Gruppe der sonstigen Tätigkeiten festzustellen; aufgrund der mehrheitlichen Ablehnung des Absenkens der Hürden durch Personen über 60 Jahren ist zu vermuten, dass es sich demnach häufig um Personen in Rente handeln könnte. In Wesel befragte sind wiederum kritischer, was aber auch auf den höheren Anteil Befragter über 60 Jahren zurückgeführt werden könnte.

Tab. 3: Absenkung der Hürden für Volksinitiativen nach soziodemographischen Merkmalen und insgesamt

"Sollten die Hürden für Volksinitiativen abgesenkt werden?"				
Absenkung Hürden Volksinitiativen	ja	nein	weiß nicht	Gesamt n=
Geschlecht				
männlich	50	41	9	252
weiblich	55	37	8	259
Gesamt	52	39	9	511
Alter				
15-25	68	20	11	142
26-35	52	39	9	113
36-45	54	39	7	82
46-60	47	51	2	96
61-99	29	58	13	78
Gesamt	52	39	9	511
Schulform				
Gesamtschule	61	30	9	57
Gymnasium	63	31	5	186
Hauptschule	37	53	10	103
Realschule	48	41	11	109
Sonstige	45	43	13	56
Gesamt	52	39	9	511
Tätigkeit				
Auszubildende	52	39	9	23
berufstätig	51	43	6	217
Schüler	71	12	17	52
Sonstiges	37	51	12	153
Student	79	18	3	66
Gesamt	52	39	9	511
Erhebungsort und -tag				
Essen	61	31	7	268
Wesel	43	47	10	243
Gesamt	52	39	9	511

Alle Angaben bis auf Anzahl der Fälle jeweils zeilenweise in Prozent. Abweichungen von 100 rundungsbedingt.

2.3 Kommunalwahlrecht Nicht-EU-Ausländer

Als drittes der Kernthemen wurde die Akzeptanz eines Kommunalwahlrechts für Nicht-EU-Ausländer abgefragt (Tab. 4). Insgesamt 52 Prozent der Befragten sind hiermit einverstanden, fast ein Drittel hingegen nicht. Abgelehnt wird ein Kommunalwahlrecht vorwiegend von Personen männlichen Geschlechts sowie der Altersgruppe von 36 bis 54 Jahren.

Bezogen auf die besuchte Schulform ist die Ablehnung eines Kommunalwahlrechts für nicht-EU-Ausländer weichen lediglich Personen mit Besuch von Gesamt- und Hauptschulen vom Gesamtwert für ab. Erstere stehen dem Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer vergleichsweise kritisch gegenüber, letztere unterstützen es indessen häufiger. Zu den Unterstützern Auch bei dieser Frage gehören Schüler/innen und Studierende sowie in Essen befragte Personen eher zu den Unterstützern.

Tab. 4: Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer

"Sollten Nicht-EU-Ausländer in ihren Gemeinden wählen dürfen?"				
Kommunalwahlrecht Nicht-EU-Ausländer	ja	nein	weiß nicht	Gesamt n=
Geschlecht				
männlich	45	36	19	252
weiblich	59	26	15	259
Gesamt	52	31	17	511
Alter				
15-25	61	20	19	142
26-35	50	28	22	113
36-45	41	37	22	82
46-60	53	39	8	96
61-99	49	38	13	78
Gesamt	52	31	17	511
Schulform				
Gesamtschule	46	32	23	57
Gymnasium	50	35	15	186
Hauptschule	57	27	16	103
Realschule	54	28	18	109
Sonstige	50	30	20	56
Gesamt	52	31	17	511
Tätigkeit				
Auszubildende	39	39	22	23
berufstätig	46	38	16	217
Schüler	62	12	27	52
Sonstiges	56	29	15	153
Student	61	23	17	66
Gesamt	52	31	17	511
Erhebungsort und -tag				
Essen	59	28	13	268
Wesel	44	34	22	243
Gesamt	52	31	17	511

Alle Angaben bis auf Anzahl der Fälle jeweils zeilenweise in Prozent. Abweichungen von 100 rundungsbedingt.

2.4 Klagerecht vor Landesverfassungsgericht

Als letztes der Verfassungsthemen wurde abgefragt, inwieweit jedem Menschen in NRW vor dem Landesverfassungsgericht ein Klagerecht zustehen soll. Insgesamt 52 Prozent der Befragten stimmen einem Klagerecht für alle Menschen zu, bei der ersten Welle des Verfassungsbarometers waren es hingegen noch 71 Prozent. Kritischer sind hier vergleichsweise Personen weiblichen Geschlechts; dies beruht jedoch weniger auf eine Verneinung des Klagerechts, sondern vermehrt auf einem indifferenten Meinungsbild („weiß nicht“).

In altersspezifischer Hinsicht sind jüngere Personen diesbezüglich vergleichsweise kritisch eingestellt, gerade bei der jüngsten Altersgruppe ist der Anteil von „weiß nicht“-Antworten jedoch sehr hoch.

Während hinsichtlich aktuell oder früher besuchter Schulformen keine Besonderheiten auffallen, stehen insbesondere derzeitigen Schüler/innen dem Klagerecht für alle Menschen eher zurückhaltend gegenüber. Nennenswerte Unterschiede zwischen dem Befragten aus Wesel und Essen sind bei diesem Item nicht zu konstatieren.

Tab. 5: Individualklagerecht vor NRW-Landesverfassungsgericht nach soziodemographischen Merkmalen und insgesamt

"Sollte jeder Mensch in NRW vor dem Landesverfassungsgericht klagen dürfen?"				
Klagerecht vor Landesverfassungsgericht	ja	nein	weiß nicht	Gesamt n=
Geschlecht				
männlich	58	27	15	252
weiblich	47	29	24	259
Gesamt	52	28	19	511
Alter				
15-25	48	20	32	142
26-35	44	36	19	113
36-45	55	30	15	82
46-60	54	38	8	96
61-99	67	18	15	78
Gesamt	52	28	19	511
Schulform				
Gesamtschule	53	25	23	57
Gymnasium	53	32	15	186
Hauptschule	51	25	23	103
Realschule	52	29	18	109
Sonstige	50	23	27	56
Gesamt	52	28	19	511
Tätigkeit				
Auszubildende	48	13	39	23
berufstätig	53	35	12	217
Schüler	38	23	38	52
Sonstiges	55	23	22	153
Student	55	30	15	66
Gesamt	52	28	19	511
Erhebungsort				
Essen	53	27	19	268
Wesel	51	30	19	243
Gesamt	52	28	19	511

Alle Angaben bis auf Anzahl der Fälle jeweils zeilenweise in Prozent. Abweichungen von 100 rundungsbedingt.

3. Bereicherung für den Landtag

Abschließend wurde gefragt, inwieweit die Arbeit der Piraten als Bereicherung für den Landtag NRW empfunden wird. Insgesamt 24 Prozent stimmen dieser Ansicht zu, 28 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Knapp die Hälfte der Befragten kann sich keiner der beiden Meinungen anschließen. Vergleichsweise aufgeschlossen sind in diesem Kontext männliche Befragte, Personen im Alter von 26 bis 45 Jahren sowie Personen mit Besuch von Gesamtschule oder Gymnasium. Hinsichtlich der Erhebungsorte wird die Arbeit der Piraten häufiger als Bereicherung empfunden.

Tab. 6: Bereicherung für Landtag NRW nach soziodemographischen Merkmalen und insgesamt

"Bereichert die Arbeit der Piraten das Parlament in NRW?"				
Bereicherung	ja	nein	weiß nicht	Gesamt n=
Geschlecht				
männlich	30	28	42	252
weiblich	19	28	53	259
Gesamt	24	28	47	511
Alter				
15-25	18	20	61	142
26-35	31	28	41	113
36-45	33	23	44	82
46-60	22	38	41	96
61-99	21	36	44	78
Gesamt	24	28	47	511
Schulform				
Gesamtschule	28	16	56	57
Gymnasium	33	30	38	186
Hauptschule	12	36	52	103
Realschule	23	30	47	109
Sonstige	20	18	63	56
Gesamt	24	28	47	511
Tätigkeit				
Auszubildende	13	17	70	23
berufstätig	27	32	41	217
Schüler	23	10	67	52
Sonstiges	21	32	47	153
Student	29	26	45	66
Gesamt	24	28	47	511
Erhebungsort				
Essen	27	25	49	268
Wesel	22	32	46	243
Gesamt	24	28	47	511

Alle Angaben bis auf Anzahl der Fälle jeweils zeilenweise in Prozent. Abweichungen von 100 rundungsbedingt.

4. Anhang: Absolute Häufigkeiten

